

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	7
Literaturempfehlungen	9
Vorbemerkungen	11
I. Personalplanung und Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats	13
1. Konsequenzen wirtschaftlicher Veränderungen	14
2. Instrumente der Personalplanung	15
2.1 Unterrichtung des Betriebsrats	16
2.1.1 Umfang der Unterrichtung	17
2.1.2 Zeitpunkt der Unterrichtung	17
2.2 Beratung mit dem Betriebsrat	18
2.3 Vorschläge des Betriebsrats	19
2.4 Sanktionen bei Pflichtverletzung des Arbeitgebers	20
2.5 Fortschreibung des Personalbestands	21
3. Beschäftigungssicherung	22
4. Ausschreibung von Arbeitsplätzen	23
5. Personalfragebogen und Arbeitsverträge	25
6. Auswahlrichtlinien	26
7. Bildungsmaßnahmen	27
7.1 Förderung und Einrichtung der Berufsbildung	28
7.2 Bildungsmaßnahmen bei geplanten Änderungen	30
7.3 Durchführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen	30
II. Beteiligung des Betriebsrats bei Personalentscheidungen nach § 99 BetrVG	32
1. Einstellung	33
2. Ein- und Umgruppierung	37
2.1 Eingruppierung	37
2.1.1 Information des Betriebsrats durch Betriebsbegehung	39
2.1.2 Information durch Einblick in Entgeltlisten	39
2.2 Umgruppierung	40
3. Versetzung und Änderungskündigung	42
3.1 Die arbeitsvertraglichen Voraussetzungen für die Zuweisung einer neuen Tätigkeit oder eine Änderungskündigung	43
3.1.1 Arbeitsvertraglich unzulässige Zuweisung einer neuen Tätigkeit	43
3.1.2 Zulässige Zuweisung einer anderen Tätigkeit	45

3.1.3	Unwirksame Zuweisung einer neuen Tätigkeit	46
3.2	Der betriebsverfassungsrechtliche Schutz bei einer Versetzung oder Änderungskündigung	47
3.2.1	Der andere Arbeitsbereich	48
3.2.1.1	Änderung des Arbeitsortes	49
3.2.1.2	Änderung von Arbeitsaufgabe und -inhalt	51
3.2.1.3	Änderung des Platzes in der betrieblichen Organisation	52
3.2.1.4	Änderung der Arbeitsumstände ohne Zuweisung eines anderen Arbeitsbereichs	53
3.2.2	Dauer der Zuweisung	54
3.2.3	Erhebliche Veränderung der Umstände	54
3.2.4	Ständig wechselnder Arbeitseinsatz	55
3.2.5	Kündigung und Versetzung	56
III.	Verfahren bei Personalentscheidungen	57
1.	Die Unterrichtungspflicht	57
1.1	Zeitpunkt der Unterrichtung	57
1.2	Form der Unterrichtung	57
1.3	Inhalt der Unterrichtung	59
2.	Beteiligung des Betriebsrats	62
2.1	Adressat der Unterrichtung	62
2.2	Vorgehen des Betriebsrats	62
2.2.1	Fristen und deren Berechnung	63
2.2.2	Vorbereitung der Betriebsratssitzung	64
2.2.3	Betriebsratssitzung	64
IV.	Die Zustimmungsverweigerung	68
1.	Allgemeine Anforderungen an die Zustimmungsverweigerung	68
2.	Gründe für die Verweigerung der Zustimmung	69
2.1	Zustimmungsverweigerung bei Einstellung	70
2.1.1	Verstoß gegen Gesetz, Verordnung, Unfallverhütungsvorschrift, Bestimmung im Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung, gerichtliche Entscheidung oder behördliche Anordnung (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	70
2.1.2	Verstoß gegen Auswahlrichtlinien (§ 99 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG)	73
2.1.3	Benachteiligung anderer Beschäftigter (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG)	73
2.1.4	Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG)	75
2.1.5	Unterlassen einer Ausschreibung (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG)	76
2.1.6	Störung des Betriebsfriedens (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG)	78
2.2	Zustimmungsverweigerung bei Ein- und Umgruppierung	78

2.2.1	Verstoß gegen eine Bestimmung im Tarifvertrag (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	78
2.2.2	Benachteiligung anderer Beschäftigter sowie des Betroffenen (§ 99 Abs. 2 Nr. 3, 4 BetrVG)	80
2.3	Zustimmungsverweigerung bei Versetzungen	80
2.3.1	Verstoß gegen Gesetz, Verordnung, Unfallverhütungsvorschrift (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	80
2.3.2	Benachteiligung anderer Beschäftigter (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG)	81
2.3.3	Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG)	83
2.3.4	Unterlassen einer Ausschreibung (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG)	84
2.3.5	Störung des Betriebsfriedens (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG)	84
V.	Folgen einer Zustimmungsverweigerung	85
1.	Informationspolitik des Betriebsrats	85
2.	Möglichkeiten des Arbeitgebers nach erfolgter Zustimmungsverweigerung	87
2.1	Ersetzung der Zustimmung	87
2.2	Vorläufige Durchführung der Maßnahme	88
2.2.1	Unterrichtung des Betriebsrats	90
2.2.2	Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats	90
2.2.3	Verhalten des Arbeitgebers nach Bestreiten	92
2.2.4	Informationspolitik im Betrieb	92
3.	Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats	92
3.1	Antragsfrist	93
3.2	Beschluss des Betriebsrats zum Gerichtsverfahren	94
3.3	Besonderheiten bei Ein- und Umgruppierungen	94
3.4	Beauftragung einer Prozessvertretung	95
3.5	Zwangsgeldverfahren	95
3.6	Weitere Möglichkeiten zur Sicherung des Mitbestimmungsrechts	95
3.6.1	Abmahnung des Arbeitgebers	96
3.6.2	Unterlassungsanspruch	97
3.6.3	Ordnungswidrigkeitenanzeige	97
4.	Rechte der von der personellen Maßnahme Betroffenen	100
4.1	Wirksamkeit des Arbeitsvertrages	100
4.2	Schadenersatzansprüche	101
4.3	Rechtsanspruch auf richtige Eingruppierung	101
Anhang		103
	Anhang Nr. 1 – Einstellungsfragebogen	103
	Anhang Nr. 2 – Checkliste für Bildungsmaßnahmen	105
	Zu den Anhängen Nr. 3a, 3b und 3c	106

Anhang Nr. 3a – Arbeitsplatzbogen (1. Beispiel)	107
Anhang Nr. 3b – Arbeitsplatzbogen (2. Beispiel)	108
Anhang Nr. 3c – Frageliste zum Arbeitsplatzbogen	109
Anhang Nr. 4 – Kriterien zur Prüfung bei Änderung von Arbeitsplatz / Tätigkeit	111
Anhang Nr. 5 – Unterrichtung bei Personalentscheidungen	113
Anhang Nr. 6a – Prüfliste für eine Einstellung / Eingruppierung (§ 99 BetrVG)	115
Anhang Nr. 6b – Prüfliste für eine Versetzung / Umgruppierung (§§ 99, 102 BetrVG)	117
Anhang Nr. 7a – Zustimmungsverweigerung (Formblatt)	120
Anhang Nr. 7b – Zustimmungsverweigerung bei geplantem Einsatz eines Leiharbeitnehmers	121
Anhang Nr. 7c – Zustimmungsverweigerung bei Einstellung (Beispiel)	125
Anhang Nr. 7d – Zustimmungsverweigerung bei Eingruppierung (Beispiel)	126
Anhang Nr. 8a – Geltendmachung bei falscher Eingruppierung (einzeln)	127
Anhang Nr. 8b – Geltendmachung bei falscher Eingruppierung (mehrere Betroffene)	128
Stichwortverzeichnis	129